I 002
Lfd.-Nr. 1208

DGB-Bundesvorstand

Resolution zu den aktuellen Ereignissen in der Ukraine

Beschluss des DGB-Bundeskongresses:
Annahme

Die Ukraine steht an der Schwelle zu einem Bürgerkrieg und droht zu zerfallen. Die Ursachen dafür sind vielschichtig. Zum einen herrscht in der Gesellschaft eine große soziale Ungleichheit und für europäische Verhältnisse eine extreme Armut großer Teile der Bevölkerung. Auf der anderen Seite haben sich Oligarchen über Jahrzehnte schamlos bereichert und die Politik so beeinflusst, dass sie ihre Vermögen vermehren konnten.

Die politischen Eliten, egal welcher Couleur, waren nicht in der Lage ein Mindestmaß an sozialer Gerechtigkeit zu schaffen, waren immer wieder in Korruption verstrickt und zeichneten sich durch einen autokratischen Regierungsstil aus. Dagegen lehnte sich der größte Teil der Menschen auf, die auf dem Maidan protestierten. Ihr Ziel war ein Land mit mehr Demokratie und sozialer Gerechtigkeit. Ihre Kritik sollte die herrschende korrupte Oligarchie treffen.

Die Ukraine ist finanzpolitisch nicht mehr handlungsfähig und ist auf Finanzhilfen von außen dringend angewiesen. Die Wirtschaftsleistung war schon vor den Unruhen schwach und ist aktuell dabei, noch weiter zurück zu gehen. Die Preise steigen stark an, was der Bevölkerung schwer zu schaffen macht. Gleichzeitig müsste die Industrie modernisiert und der Staatsapparat verkleinert werden, was einer weiteren Arbeitslosigkeit Vorschub leisten würde.

Wichtige Staatsfunktionen werden kaum noch wahrgenommen. In weiten Teilen des Landes ist die öffentliche Sicherheit nicht mehr gegeben. Die Einheit des Landes ist durch separatistische Unruhen in den östlichen Landesteilen gefährdet. Die ethnischen Auseinandersetzungen haben ein Maß an Gewalt erreicht, die schon bürgerkriegsähnliche Ausmaße annimmt. Die Handlungsfähigkeit der Gewerkschaften ist in diesen Landesteilen stark eingeschränkt.

Die politischen Lager in der Ukraine waren in der Vergangenheit untereinander nicht zu einem Dialog fähig, sondern standen sich unerbittlich gegenüber. Die medial bekannt gewordenen Massenprügeleien im Parlament sind prominente Beispiele dieser Situation. Damit war eine Konsensbildung über grundsätzliche Zukunftsfragen nicht möglich.

Die Opfer von Politikversagen, sozialer Ungleichheit, wirtschaftlichem Niedergang und brutaler Gewalt sind vor allem die einfache Bevölkerung und die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer.

Was die Ukraine jetzt braucht!

Vor allem braucht die Ukraine Frieden, ohne den alles nichts ist. Mit Gewalt und Waffen lassen sich die Probleme des Landes nicht lösen. Daher ist die nachhaltige Bemühung des deutschen Außenministers, alle am Konflikt beteiligten Parteien im Rahmen der OSZE an einen Tisch zu bringen, ausdrücklich zu unterstützen.

Jede militärische Intervention von außen hat daher zu unterbleiben. Die Souveränität und die territoriale Integrität der Ukraine sind uneingeschränkt zu achten. Aber auch der militärische Einsatz im Inneren hat zu unterbleiben. Damit werden Gräben vertieft, die es zuzuschütten gilt.

Der innere Frieden muss wieder hergestellt werden und damit die öffentliche Sicherheit. Alle nicht-staatlichen bewaffneten Gruppen und paramilitärischen Einheiten müssen entwaffnet werden.

Der Schutz der Minderheitenrechte in der Ukraine muss vom Staat garantiert werden. Die Einheit des Landes wird nur über eine Dezentralisierung der staatlichen Kompetenzen auf die Regionen möglich sein.

Die politischen Lager in der Ukraine müssen sich aufeinander zubewegen unter Einbeziehung der Gewerkschaften und der demokratischen Kräfte der Zivilgesellschaft. Es ist nun die historische Herausforderung, die Einheit des Landes zu erhalten und den Menschen eine Perspektive für eine friedliche und soziale Zukunft zu ermöglichen.

Die Regierungen der Ukraine, Russlands, der USA sowie die EU haben alles zu unternehmen, dass der Konflikt in der Ukraine nicht weiter eskaliert. Ein weiteres Handeln in Rahmen von geopolitischen Strategieüberlegungen von der NATO oder von Russland sollte strikt unterbleiben. Die Gewalt im Land hat schon zu viele Menschenleben gekostet.

Die Bereitstellung von Finanzmitteln durch den IWF und andere internationale Institutionen sollte nicht an Bedingungen

geknüpft werden, die die Lage der breiten Bevölkerung noch weiter verschlechtern.

Die Entscheidungen über die zukünftige Entwicklung der Ukraine und ihrer Regionen bedarf einer breiten demokratischen Legitimation. Schlussendlich haben die Menschen in demokratischen und freien Wahlen zu entscheiden, welcher politischen Kraft sie zutrauen die Herausforderungen des Landes zu meistern. Freie Wahlen bedeuten eine Stimmabgabe ohne Repression und Bedrohung, sowie unter internationaler Beobachtung.